



Konrad
Adenauer
Stiftung

50 YEARS OF WORLDWIDE COOPERATION

Zwanzig Jahre nach Oslo: Taktik und Strategie in Richtung Neu-Zionismus

von Dr. Ron Pundak*

Am 13. September 1993 wurden auf dem Südrasen des Weißen Hauses die Osloer Vereinbarungen unterzeichnet. Die außerordentlichen und geheimgehaltenen Bemühungen, die zu diesem historischen Ereignis und zum symbolischen Händedruck zwischen Ministerpräsident Jitzchak Rabin und dem PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat führten, hatten eigentlich neun Monate vorher begonnen, bei einem geheimen Treffen in Norwegen, das diesen Prozess in die Wege leitete. Vor unserer Abreise – am Tag, nachdem die Knesset das Gesetz aufgehoben hatte, wonach Treffen zwischen israelischen Staatsbürgern und PLO-Vertretern verboten waren – hofften Dr. Jair Hirschfeld und ich selbst in aller Bescheidenheit, wir würden bei unserer Rückkehr nach Israel in der Lage sein, den dortigen Entscheidungsträgern Informationen vorzulegen, die ihnen helfen könnten, die damals in Washington festgefahrenen offiziellen Verhandlungen wiederanzukurbeln. Wir hätten uns nie träumen lassen, dass dieses Treffen zu einem Prozess führen könnte, der zu guter Letzt in die Unterzeichnung einer Prinzipienklärung münden würde.

Schon während der ersten Sitzung wurde uns klar, dass wir uns auf einem Weg befanden, der zu einem historischen Wendepunkt führen könnte. Die Botschaften, die uns von Abu Ala (Ahmad Qurai) im Auftrag von Arafat und Abu Mazen (Mahmud Abbas) übermittelt wurden, waren revolutionär: Sie wollen Frieden; sie werden einem Staat innerhalb der Grenzen von 1967 zustimmen; sie verstehen, dass keine der beiden Seiten Zeit zu verlieren hat; sie widersetzen sich dem Terror; sie betrachten das Rückkehrrecht auf pragmatische Art und Weise; sie zeigen Interesse an einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit; sie unterstützen den regionalen Ansatz zur Lösung des Konflikts; sie befürworten Treffen zwischen Einzelpersonen und Gemeinschaften von beiden Seiten der Grünen Linie; und sie verstehen, dass es keine Alternative zu einer Lösung gibt, die Jerusalem beiden Parteien zuweist und zwischen ihnen aufteilt.

Ich kann nicht im Namen jener israelischen Führungspersönlichkeiten sprechen, die das Oslo-Konzept zu Beginn der 1990er Jahre übernommen haben. Meiner Meinung nach sollten sowohl der politische Prozess als auch der Frieden selbst von Anfang an Schritte auf dem Weg zu einem weitergehenden Ziel sein. Dieses Ziel bestand (und besteht auch heute noch) darin, die Gründung des Staates Israel zu vollenden. Der entsprechende Prozess begann am 29.

* Dr. Ron Pundak (1955-2014) gehörte zu den Architekten der Osloer Vereinbarungen. Zuletzt war er Vorsitzender des Israeli Peace NGO Forums. Von 2001 bis 2011 amtierte er als Vorstandsvorsitzender des Peres Center for Peace. Während des letzten Jahrzehnts setzte Ron Pundak verschiedene Initiativen in Gang und nahm an Vorstößen zur Förderung einer dauerhaften israelisch-palästinensischen Verständigung teil.

Die in dieser Analyse ausgedrückten Standpunkte des Autors spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Konrad-Adenauer-Stiftung wieder.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, eine deutsche politische Stiftung, ist seit über einem halben Jahrhundert auf dem Gebiet internationaler Zusammenarbeit tätig. Wir verbinden politische Bildung im Inland, Ideenaustausch in und mit dem Ausland, Dialog zwischen Gesellschaften, Kulturen und Religionen sowie Thinktank-Arbeit auf nationaler und internationaler Ebene. Alle KAS-Projekte werden getragen von unserem Glauben an die Werte und Vorteile der Demokratie, der Freiheit, der Marktwirtschaft und friedlicher Koexistenz. Wir möchten nachhaltig zum Leben unserer Gastländer in Frieden, Wohlstand und Partnerschaft mit Europa beitragen. Aus diesem Grund unterstützen wir seit 1993 engagiert die Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Wir sind der Überzeugung, dass ein demokratischer palästinensischer Rechtsstaat für die gesamte Region einen Gewinn wäre – nicht zuletzt für seinen unmittelbaren Nachbarn Israel.

November 1947 mit der UN-Resolution, die zur Teilung des Landes Israel/Palästina aufrief; er ist bis zum heutigen Tage noch nicht abgeschlossen. Die Osloer Vereinbarungen brachten zwei wesentliche Fortschritte: Der erste bestand in der historischen wechselseitigen Anerkennung zweier nationaler Bewegungen – der zionistischen Bewegung in Gestalt des Staates Israel und der palästinensischen Nationalbewegung in Gestalt der Palästinensischen Befreiungsorganisation (Palestine Liberation Organization, PLO) –: zweier Bewegungen, die bis zu diesem Zeitpunkt in ein Nullsummenspiel verwickelt waren, bei dem der Gewinn der einen Seite den Verlust der anderen bedeutet hätte. Der zweite große Fortschritt lag in der Einigung, dass die Konfliktlösung auf der Umsetzung der Weltsicherheitsrats-Resolution 242 basieren solle, das heißt auf dem Prinzip „Land für Frieden“, der territorialen Aufteilung Israel/Palästinas in zwei politische Einheiten, eine israelische und eine palästinensische.

Mehrere Faktoren trugen zum Scheitern des Oslo-Prozesses bei, aber die Wurzel des Misserfolgs und die Saat des Verhängnisses, das darauf folgte, wurden von den drei politischen Führungsfiguren dieses Prozesses gepflanzt: Arafat, Rabin und Peres. Alle drei wollten den Frieden, doch jeder von ihnen trug von Beginn des Prozesses an seinen Teil dazu bei, dass die Vereinbarungen ihr geplantes Ziel verfehlten.

Arafat war nicht in der Lage, in seiner Denkweise und seinem Führungsstil umzuschalten von der Ära des militärischen und terroristischen Kampfes auf die Ära der Diplomatie und der staatsmännischen Politik. Das offensichtlichste Zeichen dafür war, dass er in seiner Militäruniform zur Unterzeichnungszereemonie im Weißen Haus erschien. Dies wäre der genau richtige Zeitpunkt gewesen, sich zum Staatsmann umzukleiden, nämlich einen dunklen Anzug anzuziehen. Von da an machte er eine Reihe von Bemerkungen, welche seine Gewohnheit fortführten, mit gespaltener Zunge zu reden – Bemerkungen, die von Israelis sofort aufgegriffen wurden. Je nach verwendeter Sprache, Arabisch oder Englisch, wählte er unterschiedliche Formulierungen und zitierte den Koran und islamische Traditionen so, dass diese Zitate den Gegnern des Friedensprozesses in Israel als „Beweis“ dienten für ihre These, die Palästinenser seien kein verlässlicher Friedenspartner und hätten keineswegs ihr Ziel aufgegeben, Israel zu vernichten. Arafats Haltung trug auch dazu bei, verbale Hetze gegen Israel zu legitimieren; solche Äußerungen wurden nicht nur von den Gegnern des Prozesses fortgesetzt, sondern auch in Kreisen um die palästinensische Führungsspitze, die ihrerseits diese Hetze oft guthieß oder sich zumindest in Schweigen darüber hüllte.

Zu alledem kam Arafats Neigung hinzu, die Augen vor einigen Terroraktivitäten von Gegnern der Osloer Vereinbarungen zu verschließen, hauptsächlich von Zellen der Hamas und des Islamischen Dschihad, die schon bald erste Anschläge gegen Israel verübten. Zwar hatte Arafat den Befehl ausgegeben, die Opposition zu bekämpfen, doch waren diese Weisungen oft vage und halbherzig formuliert. Das führte zu einer „sanften“ Politik gegen den islamistischen Terror. Im Unterschied zu Abu Mazen, der bei seinem Amtsantritt als Palästinenserpräsident im Januar 2005 ankündigte, unter seiner Herrschaft werde es nur *ein* Gesetz und *eine* Waffe geben, bekämpfte Arafat die Terroristen nicht auf unmissverständliche und kompromisslose Art und Weise. Vielmehr schuf er eine Realität, in der anti-israelische Terroristen die Handlungsfreiheit genossen, eine ständig zunehmende Zahl von Anschlägen zu verüben.

Diese Anschläge wurden dann von den meisten Israelis „den“ Palästinensern zugeschrieben, unabhängig davon, ob diese den Friedensprozess unterstützten oder ablehnten. So wurde wachsendes Misstrauen geschürt mit der Folge, dass Israels harte Sicherheitsstrategie durch wahllose Angriffe sowohl verdächtige Bevölkerungssegmente als auch unschuldige, nach Frieden strebende Palästinenser traf. Zum Vorgehen der israelischen Armee (IDF) gehörten die Verhängung von Ausgangssperren, Absperrungen, Kontrollpunkte und Kollektivstrafen, die einen Teufelskreis von Aktion und Reaktion in Gang setzten.

Auf israelischer Seite machten Peres und Rabin den großen Fehler, der israelischen und palästinensischen Öffentlichkeit nicht sofort bei Unterzeichnung des Osloer Abkommens deutlich zu machen, dass dieses neue Stadium eine dramatische Veränderung der israelischen Politik darstellte, die nunmehr das Ziel verfolgte, am Ende eine klare Lösung mit zwei Staaten für zwei Völker auf der Grundlage der Grenzen von 1967 herbeizuführen – natürlich unter der Voraussetzung, dass das Interimsabkommen erfolgreich umgesetzt und zufriedenstellende Sicherheitsregelungen für die Zukunft getroffen würden.

Auch wurde der israelische Verwaltungsapparat nicht angewiesen, die neue Einstellung den Palästinensern gegenüber in die Tat umzusetzen; daher passten die verschiedenen betroffenen Akteure innerhalb der Streitkräfte, der Polizei und der Regierungsbehörden ihre psychologische Haltung und ihr praktisches Vorgehen nicht den neuen Realitäten vor Ort an. Tatsächlich ließen Rabin und Peres das Endziel und den vorgesehenen Kurs der Verhandlungen absichtlich im Unklaren, während sie gleichzeitig Erklärungen abgaben, die die Zwei-Staaten-Lösung völlig ausschlossen. Dadurch verursachten sie eine deutliche Dissonanz und auch eine Reihe von ernststen praktischen Problemen.

Das Fehlen einer klaren Strategie und Zielbestimmung auf israelischer Seite im Blick auf die Endphase der Verhandlungen („end-game“) stellte von Anfang an ein erhebliches Hindernis dar – ein Problem, das sich schon bald, nämlich mit dem Interimsabkommen von 1995, weiter zuspitzte. Als das israelische Verhandlungsteam seine politische Führung um genaue Weisungen für das Endziel des Prozesses bat, wurde offensichtlich, dass eine solche Zielbestimmung nicht existierte. Dementsprechend lautete die Vorgabe, das Team solle ein Abkommen erreichen, das alle Optionen offen lasse: die Möglichkeit, dass es zu einem palästinensischen Staat komme – oder auch nicht; die Möglichkeit, dass Israel sich zurückziehe – oder auch nicht; die Möglichkeit, dass den Palästinensern wenigstens Autonomie gewährt werde – oder auch nicht.

Das Fehlen jeglicher Strategie führte zum Abschluss eines minderwertigen Abkommens, das deutlich zurückblieb hinter dem, was hätte erreicht werden können. Israel konnte überflüssige „Erfolge“ verbuchen: Regelungen, die den Palästinensern aufgezwungen wurden mit dem übergeordneten Ziel, ihnen die Attribute entstehender Staatlichkeit zu verwehren. Dies war eine der wesentlichen Ursachen für den Zusammenbruch und das Scheitern der Umsetzung der Osloer Vereinbarungen.

Mag es auch schwerfallen, das zuzugeben: Rabin und Peres trifft die entscheidende Verantwortung dafür, dass auf israelischer Seite die politische Landkarte nicht richtig gelesen wurde – und dass es infolgedessen versäumt wurde, bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine haltbare Endzielbestimmung und eine Strategie im Blick auf den Abschluss der Verhandlungen zu formulieren. Allerdings schien Rabin durchaus in der Lage zu sein, mit einer Zwei-Staaten-Lösung zu leben und sie erfolgreich voranzutreiben; Peres hingegen widersetzte sich unermüdlich dem Konzept eines unabhängigen, sowohl über das Westjordanland als auch über den Gazastreifen herrschenden Palästinenserstaates.

Peres trachtete danach, Bedingungen herzustellen, unter denen ein Palästinenserstaat nur im Gazastreifen errichtet werden könnte, während das Westjordanland ein israelisch-jordanisch-palästinensisches Kondominium werden sollte. Bis 1998, also fünf Jahre nach Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen, glaubte er noch daran, es sei ein Abkommen erreichbar, mit dem sich die „jordanischen Option“ in irgendeiner Weise verwirklichen lasse – obwohl gerade diese Option schon zehn Jahre zuvor hinfällig geworden war mit der jordanischen Entscheidung, das Westjordanland völlig aufzugeben. Gleichzeitig setzte Israel seine Bautätigkeit im Rahmen des

„Unternehmens Siedlungen“ fort und erlaubte weiterhin eine demütigende Kollektivverdächtigung und -behandlung der Palästinenser als potentieller Feinde. Die schlechte Behandlung von Palästinensern an den Checkpoints dauerte an, obwohl die meisten von ihnen kein Sicherheitsrisiko für Israel darstellten. Ein zehn- oder fünfzehnjähriger Junge, der zusehen muss, wie sein Vater von einem achtzehnjährigen israelischen Soldaten gedemütigt wird, kommt von dieser Erfahrung nicht mehr los.

Die Situation vor Ort und die israelisch-palästinensischen Beziehungen verschlechterten sich in noch schnellerem Tempo unter der ersten Regierung Netanjahu (1996-1999). Als Ministerpräsident war Netanjahu ein bekennender Gegner der Osloer Vereinbarungen – und obwohl er das minimal Nötige tat, um Israel nicht als vertragsbrüchig dastehen zu lassen, tat er zugleich das maximal Mögliche, um jeglichen politischen Fortschritt in Richtung auf ein Abkommen über das Ende der Besatzung und die Herstellung von Frieden zu verhindern. Auch die Regierung Barak (1999-2001) trug ihren beachtlichen Teil dazu bei, dass die Situation sich verschlechterte. In diesem Zusammenhang möge der Hinweis genügen, dass das Scheitern des Gipfels von Camp David 2000 (welches meiner Meinung nach erheblich an Baraks fehlgeleiteter und amateurhafter Verhandlungsmethode lag) die Zweite Intifada auslöste, die wiederum zu gegenseitiger Gewalt und einem Verlust an Vertrauen in die Realisierbarkeit von Frieden führte.

Ursprünglich war der Oslo-Prozess dazu gedacht, das Ende des israelisch-arabischen Konflikts – in dessen Zentrum der Konflikt zwischen Zionismus und palästinensischem Nationalismus steht – herbeizuführen, die Schaffung einer dauerhaften und international anerkannten Grenze zwischen Israel und seinem palästinensischen Nachbarn zu erreichen, die (gegenwärtig nicht gegebene) allseitige Anerkennung Jerusalems als der Hauptstadt Israels zu ermöglichen und die Beziehungen zwischen Israel und der arabischen und islamischen Welt zu normalisieren. Diese Erfolge hätten uns dem strategischen Ziel eines stabilen Staates nähergebracht, in dem man leben kann, ohne sich ständig um dessen künftige Existenz zu sorgen, ohne nach einem ausländischen Pass anzustehen aus Furcht vor einem neuen Holocaust, ohne sich von Politikern mit Hinweisen auf alle möglichen eingebildeten oder übertriebenen Bedrohungsszenarien in Angst und Schrecken versetzen zu lassen.

An dieser historischen Wegscheide befinden wir uns nun schon seit zwanzig Jahren. Die israelische Öffentlichkeit steht vor der Frage, ob wir nach rechts oder nach links abbiegen. „Nach links“ ist hier nicht im parteipolitisch-polemischen Sinne des Wortes „links“ gemeint, sondern im Sinne von Freiheitlichkeit, Offenheit, Bereitschaft zur Kooperation und zur Koexistenz innerhalb des eigenen Staates, Solidarität mit den Benachteiligten, Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit, Ende der Herrschaft über ein anderes Volk, faire Verteilung gesellschaftlicher Lasten und ein Ende der widersinnigen Vorzugsbehandlung für eine Siedlerpopulation, die jenseits der künftigen Grenzen des eigenen Staates lebt.

Oslo markierte den Beginn einer Reise, deren Ziel das Ende der Besatzung im Westjordanland und im Gazastreifen sowie Friede zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina war. Die Alternative dazu ist ein Kurs, der die Besatzung immer weiter verfestigt und uns in einen immer gewaltsameren Kampf verwickelt – einen Kampf, der sich über die israelisch-arabische Sphäre ausdehnen und sogar Israels staatliche Existenz bedrohen könnte. Der Oslo-Kurs steht für die Option eines Israels, das aufgeklärt ist und nicht in seinen eigenen dunklen Zeiten eingekapselt; inklusiv und nicht exklusiv; modern und nicht reaktionär; fortschrittlich und nicht fundamentalistisch; ausgleichend und nicht parteiisch zugunsten jener Bevölkerungssegmente, die ohne Gegenleistung immer nur nehmen.

Judentum versus „Israelischkeit“

Oslo begann als Reise zu einer Normalisierung mit dem Ziel, das zionistische Projekt zu stärken und zu erneuern, und zwar durch den frischen Wind gesellschaftlicher Werte, die volle Gleichberechtigung für die arabische Minderheit innerhalb des Staates Israel umfassen – für eine Minderheit also, die unabdingbar zu einer fairen israelischen Gesellschaft der Zukunft gehört. Eine solche Gesellschaft muss selbstverständlich auch Heimstatt des Judentums sein, ohne dass sie uns in die Zeiten und den Lebensstil der Diaspora zurückwirft, als das Judentum der einzige Bezugspunkt unserer Existenz und „Israelischkeit“ nur ein Traum war. Israels Standort befindet sich im dialektischen Spannungsfeld zwischen Judentum und „Israelischkeit“, und die israelische Gesellschaft steht vor der großen Frage, wie sie beide Elemente zusammenfügen kann.

In der gegenwärtigen Realität werden einerseits die politische Partei HaBajit HaJehudi und die Stimmen des Rassismus, andererseits aber auch die politischen Kräfte um Jesch Atid und Meretz immer stärker; hierin manifestiert sich eine zunehmende Polarisierung zwischen beiden Lagern: Das eine repräsentiert die extreme Version von Israels jüdischen, religiösen und nationalen Charakteristika, das andere Israels säkulare, freiheitliche Werte. Den einen wird vorgeworfen, sie stellten das Land* über den Staat; die anderen werden geschmäht, sie verrieten mit ihrem Staatsverständnis die fundamentalsten Werte des jüdischen Volkes.

Der Ansatz von Oslo hatte – und hat weiterhin – das Potenzial, die israelische Gesellschaft durch einen Prozess zu leiten, der ihre „Israelischkeit“ akzentuiert. Dieses Element umfasst den jüdischen Säkularismus, also ebenjenes Phänomen, das zur Gründung des Staates Israel führte. Es waren vornehmlich säkulare Juden aus Osteuropa, die den Staat gründeten. Sie standen unter dem Einfluss der Welle nationaler Bewegungen, von denen Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert erfasst worden war, und sahen sich als Alternative zum orthodoxen, vom Lebensstil der Diaspora geprägten Judentum Osteuropas jener Zeit. Diese Form des Judentums empfanden sie als erstarrt und abgekoppelt von den neuen Entwicklungen, die sich in Europa durchsetzten: Aufklärung, Fortschrittlichkeit, Liberalismus, Egalitarismus, Demokratie, Frauenemanzipation, Rationalismus, Bildung für alle, Selbstbestimmung, Freiheit von religiöser Bevormundung im individuellen und staatlichen Alltagsleben.

Das neue israelische Judentum, wie es von rechtsgerichteten Knessetabgeordneten in der Öffentlichkeit vertreten wird, fügt sich in einen zunehmenden Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus ein und zieht die israelische Gesellschaft in diese Richtung. Nicht ohne Grund äußerte Avraham Schalom, ehemaliger Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes („Schin Bet“), vor Kurzem: „Für die Zukunft sieht es trüb aus. Der Charakter der Gesellschaft verändert sich. Wir ziehen die meisten unserer jungen Menschen zum Wehrdienst ein – und dort sehen sie zwei einander entgegengesetzte Dinge: Auf der einen Seite wollen unsere Streitkräfte eine Armee des Volkes sein, auf der anderen Seite sind sie eine harte Besatzungsarmee.“ Im gleichen Sinne erklärte Juval Diskin, Schin-Bet-Chef 2005-2011, er „stimme überein mit jedem Wort“ von Prof. Jeschajahu Leibowitz, der ein Jahr nach dem Sechstagekrieg gesagt hatte, dass „ein Staat, der über eine feindliche Bevölkerung von einer Million fremder Menschen herrscht, unvermeidlicherweise ein Staat der Sicherheitsdienste sein wird – mit allem, was dazugehört, wie zum Beispiel der Art seines Erziehungswesens, der Auswirkungen auf Rede- und Gedankenfreiheit und der Form demokratischer Herrschaft. Die Willkür, die für jedes Kolonialregime charakteristisch ist, wird auf den Staat Israel selbst

* „Land“ bezieht sich hier auf den Begriff „Land Israel“ (Eretz Israel), der – zumindest annähernd – den Siedlungsgebieten der israelitischen Stämme („von Dan bis Be'er Scheva“) entspricht. Komplementär dazu sind die Begriffe „Volk Israel“ (Am Israel) und heute auch „Staat Israel“ (Medinat Israel).

zurückwirken. Die Exekutive wird damit beschäftigt sein, einerseits arabische Widerstandsbewegungen niederzuhalten und andererseits arabische Verräter und Kollaborateure zu rekrutieren.“

Neu-Zionismus

Es ist jetzt an der Zeit, dass wir innehalten, uns unsere Geschichte vor Augen führen und alles uns Mögliche tun – auch wenn das nur um den Preis schmerzhafter Kompromisse geht –, um den israelisch-palästinensischen Konflikt zu Ende zu bringen und uns auf den Weg in Richtung einer neuen Form des Zionismus zu machen: eines Zionismus, der die Rechte und die Linke vereint; der ein offenes Ohr hat für die Nöte der arabischen Bürger Israels und sich mit den Ungerechtigkeiten auseinandersetzt, die ihnen jahrelang zugefügt wurden; der einen gemeinsamen Nenner für Religiöse und Säkulare schafft. Diesen Ansatz könnte man „Neu-Zionismus“ nennen.

Der Neu-Zionismus lässt sich am einfachsten durch das definieren, was er *nicht* ist. Es handelt sich *nicht* um jenen mittlerweile anachronistischen Zionismus, der seine Autorität aus Wahrheiten herleitete, die vor über hundert Jahren noch ihre Berechtigung hatten; diese Wahrheiten wurden in die Tat umgesetzt durch Landnahme, die der Welt zeigte, dass Juden nicht für alle Zeit ins Exil verbannt waren. Es handelt sich *nicht* um den Zionismus der Siedler jenseits der Grünen Linie, der seine Autorität von Rabbinern und aus einem System des Anti-Humanismus und Messianismus herleitet; dieses System hat keinerlei Verbindungen zum pragmatischen Zionismus und zum säkularen Judentum. Es handelt sich *nicht* um jenen Zionismus, der sich nach der Staatsgründung auf der Grundlage des Prinzips „Der Zweck heiligt die Mittel“ selbst neu erfand; dieses Denken duldet eine Vielzahl schlimmer Handlungsweisen – angefangen bei der Zerstörung unterschiedlicher ethnischer und kultureller Identitäten jüdischer Einwanderer, die dem Modell des im Land geborenen „Sabra“-Israeli, wie es sich vor Staatsgründung entwickelt hatte, nicht entsprachen, bis hin zur dauerhaften Diskriminierung palästinensischer Araber, die unter israelischer Herrschaft blieben und Bürger zweiter Klasse in unserem Staat wurden.

Neu-Zionismus – das ist ein sich erneuernder Zionismus, ein Zionismus des 21. Jahrhunderts, der uns voranbringen wird statt uns zurückwerfen, wie es der erstarrte Standard-Zionismus tut. Er bedeutet *nicht*, dass wir der Vergangenheit den Rücken kehren oder die Grundlage verleugnen, auf der er gepflanzt wurde und von der aus das legitime Verlangen des jüdischen Volkes nach einer nationalen Heimstätte im Lande Israel heranwuchs. Was wir heute brauchen, ist eine Aktualisierung, Modifikation und erfolgreiche Verwirklichung der zionistischen Idee gemäß der neuen Realität, die sich im Lauf von mehr als sechzig Jahren seit der Gründung des unabhängigen Staates Israel entwickelt hat. Dieser Staat wird nicht allein dem traditionellen zionistischen Konzept einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk im Lande Israel dienen, sondern auch das eigene Gravitationszentrum zuvörderst dahin verschieben, dass er sich in den Dienst aller Bürger und Bewohner stellt. Er muss – in den Worten der Unabhängigkeitserklärung – „allen seinen Bürgern, ungeachtet von Religion, Rasse oder Geschlecht, völlige Gleichheit sozialer und politischer Rechte“ gewährleisten und die „Glaubens-, Gewissens-, Sprach-, Bildungs- und Kulturfreiheit“ garantieren. Der Staat muss auch nach Normalisierung seiner Beziehungen zu den Nachbarn in der Region streben, denn für den Zionismus war die Idee vom „Volk, das abgesondert lebt“, nie relevant.

* „Sabra“ ist eine seit den 1930er Jahren verwendete Bezeichnung für Juden, die in Mandats-Palästina, seit 1948 in Israel oder seit 1967 in den Palästinensischen Gebieten, geboren wurden und aufgewachsen sind. Der Name verweist auf die Frucht eines in der Wüste gedeihenden Kakteengewächses (Opuntia), deren Eigenart ein hartes Äußeres und ein süßes Inneres ist.

Der neue Zionismus muss sich selbst neue Ziele setzen sowie neue Themen und Symbole geben. Einige der Themen müssen sich zum Beispiel mit der Selbstdefinition Israels befassen. Es geht darum, dass Israel sich nicht mehr ausschließlich als Staat des jüdischen Volkes versteht (das war eine angemessene Formulierung in den 1940er Jahren, als Juden verfolgt wurden und keine sichere nationale Heimstätte besaßen, die ihnen Zuflucht bot), sondern als Staat sowohl des jüdischen Volkes als auch aller seiner nichtjüdischen Bürger. Immerhin sind rund 20% unserer Staatsbürger Araber; hinzu kommen wenigstens 200.000 Christen, die auf der Grundlage des „Rückkehrgesetzes“ aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Israel eingewandert sind. Das Rückkehrgesetz selbst bedarf einer Überprüfung und Novellierung, denn es gibt keinen zwingenden Grund, weshalb ein muslimischer oder christlicher Antragsteller mit einem einzigen jüdischen Großelternanteil gleich bei Ankunft in Israel automatisch einen Anspruch auf Einbürgerung, Personalausweis und Teilnahme an Knesset-Wahlen haben sollte.

Der neue Zionismus muss aufgeschlossen sein für Veränderungen und dynamisch bei der Definition der großen Ziele der israelischen Gesellschaft. Der dadurch herbeigeführte Wandel wird die Natur der israelischen Gesellschaft nicht substantiell verändern, aber es den arabischen Bürgern ermöglichen, sich als Partner auf Augenhöhe mit gleichen Rechten und Pflichten zu fühlen. In dem Maße, wie sie sich erneuert, muss die Gesellschaft die breitestmögliche gemeinsame Basis schaffen, um die Integration aller ihrer Teile zu erleichtern, sei es durch volle Teilnahme an (nicht-staatlichem) Zivildienst, sei es durch Dienst in der Armee.

Ein derartiger Neu-Zionismus könnte zu guter Letzt nicht nur Rechte und Linke vereinen, sondern auch Gemeinsamkeit herstellen zwischen den Religiösen und ihren säkularen „Brüdern“, die in der Praxis bereits unbewusst damit gewonnen haben, das neu-zionistische Kapitel zu verwirklichen. Der säkulare Kern der israelischen Gesellschaft denkt und handelt schon im Sinne eines erneuerten Zionismus, während der religiöse Kern neue Ziele und Herausforderungen braucht, um das „Siedlungs“-Kapitel, das aus den Annalen des Zionismus verschwinden muss, ersetzen zu können. Diese Entwicklungen werden wahrscheinlich mit der Übersetzung religiöser, nationaler und territorialer Werte in soziale und professionelle Werte einhergehen – Werte, die etwa in der Förderung schwächerer Gruppen an der Peripherie der israelischen Gesellschaft zum Ausdruck kommen werden. Die israelische Heimstatt umfasst nicht nur die Erfahrung der Diaspora und das religiöse Judentum, sondern auch und vor allem hebräische Kultur, soziale Bindungen sowie Sprache, Kunst und Literatur, die sich hier seit Ankunft der ersten Zionisten 1882 entfaltet haben. Alle diese Elemente sind wesentlich für ein erneuertes Israel, das eher vorwärts als rückwärts schaut. Sie müssen bewahrt, ausgebaut und gepflegt werden.

Das Fehlen einer Friedensstrategie

Wie bereits festgestellt, ist dieser Prozess letztlich von einer Strategie für den Frieden abhängig. In der gegenwärtigen Wirklichkeit sieht es jedoch so aus, als habe Israel keine Friedensstrategie. Jeder will Frieden, doch rein verbale Bekenntnisse zum Frieden und zur Zwei-Staaten-Lösung stellen für sich genommen noch keine Strategie dar. Das Wesen einer Strategie liegt in der Identifikation klarer, in der Regel langfristiger Ziele, von denen her die notwendigen Schritte und Vorgehensweisen bestimmt werden. Die einzige zurzeit im offiziellen Diskurs vorhandene Strategie bezieht sich auf Fragen von Sicherheit und Krieg. Allerdings gehen unsere fundamentalen nationalen Interessen – einschließlich einer klaren Festlegung der

künftigen Grenzen des Staates Israel – über diese Fragen hinaus; im Rahmen einer Friedensstrategie sie sind daher mindestens so wichtig wie der Frieden selbst.

Viele Menschen in Israel sind mittlerweile verliebt in den Status quo. Befürworter dieser Einstellung treten für das Konzept eines „Konfliktmanagements“ als Alternative zur „Konfliktlösung“ ein. Dabei hoffen sie, dass die gegenwärtige Lage so bleibt, wie sie ist; dass die während vergangener Kriege ausgedehnten Grenzen nicht verändert werden; und dass sich der Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden stabil halten lässt.

Das Konzept des Konfliktmanagements war der Ansatz, den sich Netanjahu von Anfang an zu Eigen machte. Er will keine abschließende Regelung der offenen Statusfragen. Deshalb kommt es seiner Auffassung nach darauf an, die gegenwärtigen Brände unter Kontrolle zu halten; weiterhin Sicherheitsmaßnahmen (mit der palästinensischen Seite) zu koordinieren; einen „Wirtschaftsfrieden“ herzustellen, der verbesserte Wirtschaftsbedingungen im Westjordanland umfasst und damit die Motivation der dort lebenden Palästinenser für einen Aufstand schwächt; die Hamas im Gazastreifen unter Druck zu setzen; sich auf keinerlei diplomatischen Kurs einzulassen. Das Ziel, das ihm vorschwebt, ist ein Zustand der Ruhe zum Nulltarif.

Der Jom-Kippur-Krieg – in dessen Verlauf die Existenz des Staates Israel akut bedroht war, was schließlich zu Verhandlungen mit Ägypten und dem ersten Friedensvertrag mit einem arabischen Staat führte – hat gezeigt, dass in unserer Region ein langfristig haltbarer Status quo nicht möglich ist. War es damals wirklich notwendig, bis zum 6. Oktober 1973, 14.00 Uhr, zu warten, fast zwanzig Tage zu kämpfen und Tausende von Soldaten zu verlieren, um zu einer Vereinbarung zu gelangen, die auch ohne Krieg erreichbar gewesen wäre? Sadat entfesselte diesen Krieg nicht, weil er Israels Legitimität, Existenz oder Souveränität unterminieren wollte. Seine Forderung vor dem Krieg, die in Israel durchweg mit Hohn und Desinteresse quittiert wurde, bestand darin, einen Friedensvertrag auf Grundlage eines fairen und vernünftigen Ausgleichs auszuhandeln, zu dem die Rückgabe allen ägyptischen Bodens gehörte, den Israel sechs Jahre zuvor erobert hatte. Er hatte nicht die Absicht, Israels Macht auszuhöhlen oder Boden wiederzuerlangen, den Israel im Unabhängigkeitskrieg 1948/49 erobert hatte. Vielmehr ging es ihm darum, die Ehre seines Landes wiederherzustellen, einen politischen Prozess in Gang zu setzen und zur Stabilisierung des Nahen Ostens durch eine umfassende Friedensregelung zwischen Israel und dessen Nachbarn beizutragen.

Öffentlichkeit und politische Führung in Israel verstanden dies damals nicht – und zu meinem großen Bedauern verstehen sie es heute nicht im Kontext der Beziehungen zu den Palästinensern und der arabischen Welt. Die Arabische Friedensinitiative (Arab Peace Initiative, API) vom März 2002, die das Angebot einer vollen Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und 22 arabischen Ländern für den Fall der Schaffung eines Palästinenserstaates auf Grundlage der Grenzen von 1967 umfasst, stößt immer noch auf eine undurchdringlich israelische Mauer. Es ist indes eine der Lehren des Jom-Kippur-Krieges, dass sogar Kriegs- und Sicherheitsstrategien zusammenbrechen können, wenn wir keine Friedensvereinbarungen erreichen.

Trotz alledem deuten Manöver von Ministerpräsident Netanjahu in jüngster Zeit darauf hin, dass jener Mann, der einst die Oslo-Vereinbarungen zu unterminieren strebte, eine Hetzkampagne gegen Jitzhak Rabin führte und es immer noch vorziehen würde, den Konflikt zu managen statt zu lösen, anscheinend eingesehen hat, dass die Oslo-Strategie für Israel und den Zionismus der richtige Ansatz ist. Netanjahu hat unlängst beobachten können, wie der Boden unter den Füßen von uns allen anfängt zu brennen. Das palästinensische Volk, die arabische Welt und die meisten Staaten auf dem Globus werden die Fortsetzung dieses Zustandes nicht hinnehmen, und jüngste europäische Entscheidungen in Bezug auf die

israelische Herrschaft über das Westjordanland scheinen nur die Eröffnungssalve eines anti-israelischen Feldzugs zu sein, der an Umfang zunehmen und zur wirtschaftlichen Gefahr für Israel werden könnte.

Das Ausbleiben politischen Fortschritts schwächt auch das Lager der gemäßigten Palästinenser, die sich für eine Lösung stark gemacht haben, wonach zwei Staaten auf Grundlage der Grenzen von 1967 friedlich koexistieren. Es treibt die palästinensische Öffentlichkeit in die Arme der Hamas, die ihren Landsleuten einen totalen Kampf bis zum Sieg über Israel anbietet. Zwar ist die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung zu der Schlussfolgerung gekommen, dass eine Vereinbarung mit Israel vorzuziehen sei, aber der palästinensische „Mann auf der Straße“ hat inzwischen den Eindruck, dass Israel die Palästinenser in eine Ecke drängt und gar kein Interesse hat an einer abschließenden Regelung, mit der die Besetzung endet und ein Palästinenserstaat errichtet wird. Siedlungen dehnen sich aus, illegale Außenposten haben Konjunktur und erhalten gerichtliche oder politische Unterstützung, Zone-C-Gebiete (rd. 62% des Westjordanlandes) stehen Palästinensern nicht für eigene Entwicklungsprojekte offen und sind von israelischer Annexion bedroht. Die Empfindung, belagert zu werden, intensiviert sich, und insgesamt hat man das Gefühl der Demütigung ohne Aussicht auf eine Veränderung dieser Lage.

Sogar die meisten Israelis verstehen, dass der Ansatz „Zwei Staaten für zwei Völker“ die einzige Möglichkeit ist, eine deutliche jüdische Mehrheit im Staat Israel aufrechtzuerhalten. Die Alternative bestünde höchstwahrscheinlich in einer erneuten Besetzung des ganzen Westjordanlandes und des Gazastreifen, dem Zusammenbruch der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), einer Verschlechterung der Situation bis hin zu einem Apartheid-Regime, Grenzstreitigkeiten mit allen unseren Nachbarn (einschließlich jener, mit denen Israel bereits einen Friedensvertrag geschlossen hat) und dem Absinken Israels auf das Niveau eines Paria-Staates in den Augen der westlichen Welt und eines beachtlichen Teils der nicht-israelischen Juden.

Der Weg, den Netanjahu zurückzulegen bereit ist, um zu verwirklichen, was sein neuer Ansatz zu sein scheint, ist immer noch viel, viel zu kurz angesichts dessen, was notwendig wäre, um eine abschließende Regelung zu erreichen. Die entscheidende Frage lautet daher, wie man von der gegenwärtigen Position unseres Ministerpräsidenten zu einer abschließenden Friedensregelung vorankommt – einer Regelung, die den Staat Israel von der schiefen Ebene wegholt, auf der wir bereits in Richtung eines „point of no return“ hinabgleiten. Jenseits dieses Punktes droht eine Situation, in der die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) volle Kontrolle über die Straßen von Gaza und die Altstadtgassen von Nablus übernehmen müssen – mit allen desaströsen diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen Vorgehens.

Eine israelische Führungsgestalt, der die Zukunft des Staates mehr bedeutet als die eigene politische Popularität in der Gegenwart, muss einen Prozess in Gang setzen – etwa durch einen öffentlichen Auftritt im Parlament von Ramallah zusammen mit Präsident Obama und Präsident Abbas. Dabei würde Israel öffentlich ankündigen, dass es die Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage der Grenzen von 1967 – verbunden mit einem minimalen Austausch gleichwertiger Flächen – akzeptiert und dass diese Regelung zwei Hauptstädte in Jerusalem, die Entmilitarisierung des palästinensischen Staatsgebietes, einen Stopp des israelischen Siedlungsausbaus und eine faire Lösung des Flüchtlingsproblems umfasse. Letzteres würde keine Rückkehr der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen nach Israel, sondern eine angemessene Umsetzung der Resolution 194 der VN-Generalversammlung bedeuten.

Das Geheimnis des Erfolgs besteht darin, von Anfang an zu definieren, wie die Endphase der Verhandlungen („end-game“) aussehen soll. Es ist immer vorzuziehen, wenn beide Seiten sich ein klares Bild vom abschließenden Ergebnis machen. In unserem Fall müssten die Verhandlungspartner mit einer strategischen Verständigung beginnen. Die Palästinenser haben, um ein Beispiel zu nennen, zurzeit eine Strategie in Bezug auf den Grenzverlauf: In Oslo gaben sie den Traum von einem Groß-Palästina auf und erklärten sich damit einverstanden, dass ihr künftiger Staat nur 22% der Fläche dieses Traumgebildes umfasst; somit bleiben 78% unter israelischer Hoheit. Das war die historische Konzession der Palästinenser an Israel zu Beginn der Verhandlungen. Aus ihrer Sicht müssen daher aus einer Friedensvereinbarung zwei Staaten auf Grundlage der Grenzen von 1967 hervorgehen. Die Palästinenser werden einen limitierten Flächentausch im Verhältnis 1:1 akzeptieren.

Warum übernimmt Israel diese Gleichung nicht als eigene Strategie – wobei der konkrete Grenzverlauf den Verhandlungen überlassen bleibt? Wie erwähnt, widerspricht dem allerdings die gegenwärtige Realität in Israel: An der Spitze der politischen Pyramide steht ein Ministerpräsident, der nicht imstande ist, eine solche Position zu präsentieren, obwohl diese bereits 2008 vom damaligen Ministerpräsidenten Ehud Olmert auf den Verhandlungstisch gelegt wurde.

Dementsprechend müssen wir eingestehen, dass die Chancen auf eine Vereinbarung zurzeit praktisch gleich Null sind – obwohl, zieht man die Bedingungen vor Ort und die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit in Betracht, eine abschließende Regelung bereits in greifbarer Nähe sein könnte. Die Wirklichkeit hält gegenwärtig eine besonders ungünstige Kombination für uns bereit: eine israelische Regierung, die nicht bereit ist, die Agenda „Land für Frieden“ anzupacken; eine Koalition, deren lautstärkste Fraktion rechts vom Ministerpräsidenten steht und sich sogar dem Bisschen, das er anzubieten bereit ist, widersetzt; eine desinteressierte und skeptische israelische Öffentlichkeit; Umwälzungen in der arabischen Welt, die von vielen Israelis als Bedrohung wahrgenommen werden. Hinzu kommt die Schwäche der palästinensischen Führung, die zwischen Fatah und Hamas sowie zwischen Westjordanland und Gazastreifen tief und grundsätzlich gespalten ist; das mindert die politische Manövrierfähigkeit der palästinensischen Seite zusätzlich.

Auf dem Weg zur Ein-Staat-Lösung?

Aus palästinensischem Blickwinkel verliert die internationale Option, die von der PA seit Herbst 2011 bei den Vereinten Nationen verfolgt wurde, an Schubkraft, und die Zukunftsaussichten trüben sich immer weiter ein. Wie in anderen arabischen Staaten sind auch hier junge Menschen die Wortführer der Kritik. Sie sind gegen Gewalt, aber genauso sind sie gegen den Status quo. Eine der größeren und interessanteren Kampagnen, die jüngst im Westjordanland an die Öffentlichkeit ging, verbreitete auf Anschlagtafeln den Slogan „Ein demokratischer Staat für fünf Millionen Araber und sechs Millionen Juden!“ Hier manifestiert sich als neue Perspektive, dass die Zwei-Staaten-Option nicht mehr attraktiv erscheint; als Ziel bleibt nur noch, sich mit gewaltfreien Methoden für die Schaffung eines binationalen Gesamtstaates zwischen Jordan und Mittelmeer zu engagieren.

Dennoch hat die PLO, Israels offizieller Verhandlungspartner, nicht ihre Position verändert, sich für eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu engagieren. Wahr ist aber auch, dass moderate palästinensische Politiker zu der Schlussfolgerung gelangen, die Ausdehnung israelischer Siedlungen und andere Elemente israelischer Regierungspolitik höhlt das Fundament der Zwei-Staaten-Lösung aus mit der Folge, dass am Ende faktisch nur noch eine Ein-Staat-Lösung möglich sein werde. Sie können nicht die Augen davor

verschließen, dass ihre eigene Bevölkerung aufgehört hat, an die Zwei-Staaten-Lösung zu glauben; deshalb suchen sie jetzt nach einer alternativen Lösung für den Konflikt, und sei es die Option eines binationalen Gesamtstaates.

Innenpolitische Diskussionen in Israel deuten darauf hin, dass ein Gesamtstaat zwischen Jordan und Mittelmeer auch der Traum eines Teils der israelischen Rechten ist. Dazu gehört die extreme und religiöse Rechte, die sich auf ein Versprechen Gottes beruft und für die das Land Vorrang hat vor Volk und Staat. Dazu gehören aber auch Vertreter der eher liberalen Rechten, die ihre Position damit begründen, dass dem Volk Israel (Am Israel) das ganze Land Israel (Eretz Israel) gehöre. Immer mehr Politiker und Wortführer der Rechten schlagen seit einiger Zeit Formeln vor, die an Alchemie erinnern. Hiernach würde Israel das Westjordanland annektieren und gleichzeitig als jüdischer Staat weiterbestehen – auch wenn in einem solchen Groß-Israel die Palästinenser schon bald in der Mehrheit wären: Es gibt heute rund sechs Millionen Juden im Land Israel (Eretz Israel) sowie 5,7 Millionen Palästinenser zuzüglich 300.000 Bürger des Staates Israel, die keiner der beiden Kategorien angehören.

Andere Gruppierungen stürzen sich ebenfalls in dieses Gefecht: Israels extreme und antizionistische Linke fordert einen Gesamtstaat, der sich weder als jüdisch noch als palästinensisch versteht. Einige Vertreter der gemäßigten Linken argumentieren, dass die Realität vor Ort – d.h. die Siedlungen – und die rechtsgerichtete Regierung eine Lage geschaffen hätten, die schon jenseits des „point of no return“ liege; daher sei die Zwei-Staaten-Lösung keine Option mehr.

Dies wirft viele Fragen auf, darunter folgende: Umfasst ein Gesamtstaat den Gazastreifen? Falls nicht: Wird man es zulassen, dass Gaza ein unabhängiger Staat wird – trotz seines extremistischen, feindseligen, gewalttätigen und fundamentalistischen Charakters, trotz seiner Fläche von kaum mehr als 1% des Territoriums von Israel/Palästina, trotz einer Bevölkerung von anderthalb Millionen Menschen, die auf einer der am dichtesten besiedelten Flächen dieser Erde leben? Was wird mit den Millionen palästinensischer Flüchtlinge geschehen, die außerhalb des Territoriums von Israel/Palästina leben? Wird ihnen erlaubt sein, in den Gesamtstaat heimzukehren, den die israelische extreme Rechte plant – und zwar auf der Grundlage eines Rückkehrgesetzes, das dem für Juden geltenden Rückkehrgesetz entspricht? Wie lässt sich gesellschaftliche Gleichheit herstellen zwischen jüdischen und arabischen Bevölkerungsteilen, deren wirtschaftliche Verhältnisse und deren Bildungsniveaus weit auseinander klaffen? Woher werden die Mittel für die Schaffung eines derart fragwürdigen Gesamtstaates kommen? Werden die neuen arabischen Mitbürger Wehrdienst in den Israelischen Verteidigungskräften leisten müssen und gegen Terroristen aus Gaza oder dem Libanon kämpfen?

Die Antwort für Leute wie mich ist einfach: Ein binationaler Gesamtstaat wäre das Ende der zionistischen Idee und des Staates Israel. Zum Personenkreis, der so denkt, zähle ich alle, die weiterhin an die Idee eines israelischen, hebräischen Staates glauben, der die freiheitlichen Werte des Judentums bewahrt; eines Staates, der am „Vertrag“ mit der jüdischen Welt außerhalb Israels festhält, wonach jeder, der als Jude verfolgt wird (ob er es nun tatsächlich ist oder ob er als solcher gilt), hier Zuflucht finden kann.

Doch selbst auf der praktischen, alltäglichen Ebene ist ein Gesamtstaat eine Idee, die aus objektiven Gründen unmöglich zu verwirklichen sein dürfte; zumindest wäre ein solches Gebilde nicht auf Dauer lebensfähig. Sogar in aufgeklärteren Staaten wie Belgien oder Kanada, wo zwei Sprachgemeinschaften lange unter einem politischen Dach zusammengelebt haben, sind die Gräben breit; es gibt dort ein ausdrückliches und unaufhörliches separatistisches Streben nach Auflösung der Partnerschaft. Die Unterschiede zwischen Israel und Palästina sind immens: zwei Kulturen, zwei Religionen, zwei Nationalitäten, zwei Geschichtsbilder, zwei

Identitäten. Alles ist unterschiedlich, und es gibt fast keinen gemeinsamen Nenner, um die enorme Kluft zu überbrücken. Keine der beiden Seiten hat das Stadium erreicht, wo sie in der Lage wäre, ihre Symbole, Erinnerungen oder Ängste über Bord zu werfen. Dies sind zwei Nationen, die sich noch nicht eindeutig selbst definiert haben.

In der Zukunft, in zehn oder fünfzig Jahren, werden wir in der Lage sein, einen Mechanismus zu finden (und ich bin überzeugt, dass wir ihn finden werden), dessen Grundlagen schon heute gelegt werden könnten. Dieser Mechanismus kann uns in Richtung einer israelisch-palästinensischen Konföderation führen, die auf einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen zwei unabhängigen Staaten beruht. Es gibt einige Themen, bei denen wir uns bereits heute als voneinander abhängige Partner einigen können – Themen, die das Fundament einer künftigen Konföderation zweier Nachbarstaaten zu legen vermögen. Wasser, Infrastruktur, Elektrizität, Erdgas, Umwelt und künftig auch Fiskal- und Währungspolitik – all das sind geeignete Themen für eine umfassende Kooperation; sie sollten so bald wie möglich angepackt werden. In der Zukunft sollte es Israelis erlaubt sein, im Palästinenserstaat zu leben – und umgekehrt Palästinensern, sich in Israel niederzulassen. Dieser Prozess wird auch dazu beitragen, zwei Probleme zu lösen: jenes von Palästinensern, die an Orten leben möchten, aus denen sie entwurzelt wurden, und jenes von Juden, die an Orten leben möchten, aus denen sie (im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung) nunächst entwurzelt werden.

Die Territorien beider Staaten müssen durch eine klare Grenze voneinander geschieden sein, so dass jede Seite genau weiß, welche Gebiete ihrer Hoheit unterstehen. Gleichzeitig sollte das Bewusstsein dafür aufrechterhalten werden, dass der vorhandene Raum als Ganzes beiden Seiten gehört. Das wird indes nur möglich sein, wenn anerkannte und eindeutige Grenzen festgelegt worden sind, die eine klare Linie zwischen „Mein“ und „Dein“ ziehen. Nur auf Grundlage der souveränen Gleichheit zweier unabhängiger Seiten, ohne Druck des Besetzenden auf den Besetzten, werden wir zu einer fairen Partnerschaft gelangen, die sowohl Ergebnis als auch Instrument eines Prozesses von Verständigung und wechselseitiger historischer Anerkennung sein wird.

Heute gewinnt in Israel und Palästina eine Sicht Zulauf, wonach eine physische Trennung zweier Staaten auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und minimalen Grenzkorrekturen inzwischen nicht mehr möglich ist. Diese Sicht kann sich nicht auf die gegenwärtige physische Realität gründen. Es ist immer noch gangbar und praktisch machbar, eine klare, anerkannte und funktionierende Grenze zwischen beiden Staaten zu ziehen. Als jemand, der die Gegend kennt, bin ich der Auffassung, dass es definitiv möglich ist, eine neue Linie zu ziehen, mit der beide Seiten leben könnten und die zugleich am Prinzip festhält, dass minimale territoriale Abtretungen an Israel möglichst viele Siedler und möglichst wenige Palästinenser erfassen sollten.

Die künftige Grenze sollte einem Verlauf folgen, der zwischen dem von der „Genfer Vereinbarung“ (2003) empfohlenen und dem von Olmert auf Karten Abbas präsentierten Grenzverlauf liegt; das würde eine Annexion von 3-4% des Westjordanlandes in Verbindung mit der Abtretung entsprechend großer israelischer Flächen bedeuten („land swap“). Es ist wichtig, sich vor Augen zu führen, dass die von Siedlungen bebauten Flächen nur 1% des gesamten Westjordanlandes ausmachen. Sogar in Jerusalem, wo rund 200.000 Israelis wohnen, die rund 40% der 530.000 Siedler jenseits der Grünen Linie ausmachen, wäre es möglich, eine Grenze zu ziehen, die einerseits die beiden Hauptstädte voneinander trennt und andererseits sicherstellt, dass israelische direkt an israelische und palästinensische direkt an palästinensische Stadtteile/Hoheitsgebiete angrenzen.

Die großen Siedlungsblöcke in (Gusch) Etzion, Ma'ale Adumin, Giv'at Zeev, Ma'arav HaSchomron, Beitar Illit und Modi'in Illit ließen sich durch minimale Annexionen leicht an Israel anbinden. Zu diesen Blöcken gehören drei jüdische Städte – Modi'in Illit, Beitar Illit und Ma'ale Adumin –, die jeweils mehr als 40.000 Einwohner haben. Ebenfalls dazu gehören 15 Orte mit bis zu 10.000 Einwohnern, wie zum Beispiel Efrat und Alfei Menasche.

In den meisten Ortschaften außerhalb der Siedlungsblöcke leben jeweils weniger als 2.000 Einwohner – vielfach sind es nicht mehr als ein paar Dutzend Familien. Die Zahl der Haushalte, die Israel im Zusammenhang mit einer Friedensregelung würde aufnehmen müssen, läge zwischen 20.000 und 30.000. Wenn Israel sich ordentlich darauf vorbereitet, wird es in der Lage sein, diese Haushalte zu integrieren – mit einer großen finanziellen Investition zwar, aber ohne substanzielles Problem. Das Problem liegt nicht so sehr in der physischen Aufteilung des Landes in zwei Staaten als vielmehr im Mangel an Willen und politischem Mut zu diesem Schritt. Diese Diskussion sollte mit Argumenten der Realpolitik geführt werden. Emotionen werden hochkochen, und leider ist nicht auszuschließen (obwohl wir hoffen, es kommt nicht zum Äußersten), dass im Zuge des Trennungsprozesses Juden Juden und Araber Araber töten werden; doch die Kosten jeder Alternative wären höher.

Aussichten eines Interim-Abkommens

Was also kann getan werden? Jedenfalls dürfen wir nicht eine Verschlechterung der Lage oder eine erneute Besatzung als unvermeidliche Zukunft hinnehmen. Ebenso wenig ist es eine Option, das Ende des zionistischen Traums hinzunehmen – als Folge von Maßnahmen, die darauf abzielen, einen binationalen Gesamtstaat im Land Israel (Eretz Israel) zu errichten. Die US-Initiative von 2013 in Verbindung mit Netanjahus Bereitschaft, Schritte in Richtung Zwei-Staaten-Lösung zu gehen, eröffnet die Chance, einen Prozess voranzutreiben, der – so komplex und verzwickelt er auch sein mag – uns einer Zwei-Staaten Lösung näher- und vom Rand des Abgrunds, an dem wir heute stehen, wegbringen könnte.

Gehen wir von der Tatsache aus, dass die Maximalkonzessionen, zu denen Netanjahu in Verhandlungen bereit und in der Lage ist, weit entfernt sind von den palästinensischen Minimalforderungen, die nicht nur mit den arabischen Staaten, sondern auch mit den Amerikanern und Europäern abgestimmt sind. Der Ministerpräsident käme als Partner einer abschließenden Regelung nicht in Betracht, aber er wäre bereit, sich auf eine Zwischenregelung einzulassen, die den Rückzug aus Teilen der Zone C und die Anerkennung eines Palästinenserstaates in vorläufigen Grenzen umfassen würde.

Die palästinensische Seite wird sich jeglichem Interim-Abkommen widersetzen, das nicht eindeutig die Elemente einer abschließenden Regelung enthält. Mit anderen Worten, Präsident Abbas wäre bereit, ein Interim-Abkommen zu unterschreiben, das zur Anerkennung eines Staates in vorläufigen Grenzen führt, wenn es die Grundelemente einer abschließenden Regelung eindeutig festschreibt und folgende Prinzipien enthält: Ein unabhängiger Palästinenserstaat, errichtet auf der Grundlage der Grenzen von 1967, wobei minimale Modifikationen des Grenzverlaufs durch Flächentausch im Verhältnis 1:1 zu kompensieren sind; Entwaffnung des Palästinenserstaates bis zu einem Niveau, auf dem er nicht mehr zur Kriegsführung, aber noch zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und zur Terrorbekämpfung fähig ist; die arabischen Stadtteile Jerusalems als Hauptstadt des Palästinenserstaates; eine gerechte und beiderseits akzeptierte Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems, die als Umsetzung der Resolution 194 der VN-Generalversammlung anzukündigen ist. Klar ist allerdings auch, dass Netanjahu nicht bereit wäre, sich für Israel auf

Erklärungen einzulassen, die Abbas als Vorbedingung für den palästinensischen Eintritt in Verhandlungen über ein Interim-Abkommen fordern würde.

Dem entsprechend müssen die Amerikaner diesmal im Raum bleiben und eine Führungsrolle spielen, indem sie eine klare Planskizze präsentieren und sich selbst in den Vordergrund stellen. Die komplexe und vielschichtige Rolle der Vereinigten Staaten bestünde darin, einen Mechanismus zu schaffen, der es beiden Seiten erlaubt voranzukommen, ohne Abstriche von den eigenen Fundamentalprinzipien machen zu müssen. Auf der einen Seite bräuchte sich Netanjahu nicht auf die Elemente einer abschließenden Regelung festzulegen; auf der anderen Seite könnte Abbas seine Forderungen zu Kernthemen annehmen in der Form, wie sie ihm von dritter Seite überbracht werden; so wären beide in der Lage, Verhandlungen über ein befristetes Interim-Abkommen zu führen.

Dieser Ansatz ließe sich durch einen doppelgleisigen Prozess verwirklichen, der von oben nach unten (top-down) und von unten nach oben (bottom-up) verläuft. Die Amerikaner haben drei Möglichkeiten, die Vision einer abschließenden Regelung festzuschreiben und damit eine Grundvoraussetzung für deren Verwirklichung zu schaffen: durch ein Dekret des Präsidenten (presidential decree), das diese Vision zu einer Richtlinie der US-Außenpolitik erklärt; durch eine Entscheidung des Nahost-Quartetts (Vereinigte Staaten, Russland, Europäische Union, Vereinte Nationen); oder durch eine EntschlieÙung des Weltsicherheitsrates.

Aus meiner Sicht wäre es die richtige und vorzugswürdige Option, eine Resolution des Weltsicherheitsrates anzustreben, die praktisch die veraltete Resolution 242 ersetzt, in der die Palästinenser nicht erwähnt werden. Der wesentliche Vorteil einer Sicherheitsrats-Resolution wäre, dass es sich um eine völkerrechtlich verbindliche internationale EntschlieÙung handeln würde, die für den gesamten israelisch-palästinensischen Friedensprozess schließlich als neuer Kompass dienen könnte – selbst wenn die gegenwärtige israelische Regierung zunächst erklären sollte, sie werde ein solches internationales „Diktat“ nicht akzeptieren. Eine Sicherheitsrats-Resolution wäre ein in sich sinnvolles Dokument, das ohne offizielle Bezugnahme auf den gleichzeitig unter amerikanischer Schirmherrschaft laufenden Prozess der israelisch-palästinensischen Verhandlungen über ein Interim-Abkommen auskäme, die ihrerseits den Grundsätzen der neuen Sicherheitsrats-Resolution nicht zuwiderliefen.

Das Interim-Abkommen sollte zur Errichtung eines Palästinenserstaates führen, dessen Territorium mindestens 51% des Westjordanlandes (durch Ausweitung der Zonen A und B um mehr als 10%) sowie den gesamten Gazastreifen umfasst. Ziel wäre es, ein vereinten, zusammenhängenden Raum unter palästinensischer Souveränität zu schaffen; allerdings wäre die Einbeziehung von Gaza in die Zwischenregelung davon abhängig zu machen, dass die PA die Kontrolle über den Gazastreifen wiedererlangt und die Hamas entwaffnet. Für die Sicherheit und Zugänglichkeit jener Teile der Zone B, die als Enklaven innerhalb der Zone C verbleiben würden, müssten besondere Vereinbarungen getroffen werden.

Das Interim-Abkommen würde auch das Verhältnis zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Staat (der in den Genuss voller internationaler Anerkennung käme) regeln; Hilfestellung dazu leisten, die Fundamente des neuen Staates zu legen; definieren, was im Hinblick auf Siedlungsbau erlaubt und verboten ist; wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Neugestaltung der Handelsbeziehungen zwischen Israel und dem palästinensischen Staat – sowie der Handelsbeziehungen zwischen dem palästinensischen Staat und dem Rest der Welt – erleichtern, und zwar im Rahmen eines Freihandelsabkommens, das an die Stelle des Pariser Protokolls von 1994 zwischen Israel und der PLO treten wird; Planung und Bau einer Landverbindung zwischen Westjordanland und Gazastreifen in die Wege leiten; den Prozess der

Verständigung und Vertrauensbildung zwischen beiden Bevölkerungen wiederbeleben; andere Fragen regeln wie Wasser, Bodenschätze, Umwelt und dergleichen mehr.

Ein solcher Prozess würde die Verschlechterung der Lage vor Ort verhindern; den Trend zu Israels internationaler Isolierung stoppen; dazu beitragen, dass Israel in der arabischen Welt positiv wahrgenommen wird; die Erneuerung der bilateralen Beziehungen zwischen Israel und arabischen Staaten fördern; extremistisch-fundamentalistische Stimmen in der arabischen Welt schwächen, die Israel und die Vereinigten Staaten vorwerfen, sie hintertrieben die Errichtung eines Palästinenserstaates; moderate Stimmen auf palästinensischer Seite stärken; Vertrauen zwischen Israel und der US-Regierung sowie zwischen Israel und der Europäischen Union wiederherstellen.

Auch die Palästinenser würden erheblich von diesem Prozess profitieren, namentlich durch die Errichtung eines anerkannten Staates; wachsende Autorität und Souveränität über Gebiete, die ihrer Herrschaft unterstehen; einen beschleunigten Prozess des Aufbaus staatlicher Strukturen und der gesellschaftlichen Entwicklung; ein größeres Potenzial für wirtschaftliche Unabhängigkeit; die verbindliche Zusage von mehr internationaler Unterstützung; internationale Anerkennung der Umriss einer abschließenden, für die palästinensische Führung annehmbaren Regelung.

Dieser Plan ist nicht ideal. Wie bereits festgestellt, wäre ein beschleunigter Prozess vorzuziehen, der zu einer unzweideutigen und klaren abschließenden Regelung führt, die von beiden Seiten akzeptiert wird und schrittweise umgesetzt werden könnte. Einer dieser Schritte wäre – wie oben beschrieben – die Errichtung eines Palästinenserstaates innerhalb vorläufiger Grenzen. Das waren die Umriss, die Olmert und Abbas im Sommer 2008 skizziert hatten. Dieser Prozess wurde nur deshalb aufgegeben, weil gegen Olmert strafrechtlich ermittelt wurde und er deshalb vom Amt des Ministerpräsidenten zurücktreten musste. Abbas glaubte damals – und tut es heute noch –, dass aus dieser Skizze eine Friedensvereinbarung hervorgehen könnte.

Allerdings muss die gegenwärtige israelische Realität in Rechnung gestellt werden. Pragmatisch betrachtet, ist ein zweistufiger Prozess, wie er in diesem Dokument beschrieben wurde, einer fortgesetzten Verschlechterung der Lage vorzuziehen, denn diese wird unvermeidlicherweise zu einer für beide Seiten verlustreichen Explosion führen. Zudem würden Präsentation und Annahme eines Plans und einer Vision für eine abschließende Regelung, die von der ganzen Welt anerkannt und angenommen werden, zum ersten Mal eine neue politische Realität schaffen, die das Potenzial hat, in Israel ein politisches Lager herzustellen, das sich gemeinsam hinter den neuen internationalen Konsens stellt.

Die israelische Öffentlichkeit wäre endlich in der Lage, sich den zwei entgegengesetzten Alternativen zu stellen, mit denen sie konfrontiert ist: entweder Fortsetzung des israelisch-arabischen Konflikts mit bedrohlichen Folgen für die Existenz des Staates Israel – oder eine Lösung auf der Grundlage klarer Parameter, die die Arabische Friedensinitiative ergänzt. Diese Initiative bietet Israel, wie gesagt, einen regionalen Frieden sowie diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit allen arabischen Staaten.